



**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

## Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
am 7. April 2014  
**18. WP/11**

### **I. Die politische Lage in Deutschland**

#### **Gemeinsam erfolgreich für Europa.**

Die CDU hat auf dem Bundesparteitag in Berlin ihr Programm für ein starkes Deutschland in einem starken Europa beschlossen. Die internationale Finanz- und die europäische Staatsschuldenkrise haben gezeigt, dass es uns auf Dauer nur gut gehen kann, wenn es Europa gut geht. Deswegen enthält das Programm Ideen und Leitlinien für alle Politikbereiche und ist umfangreicher als bei früheren Europawahlen. Uns ist Europa so wichtig, dass wir uns gründlich damit beschäftigen. Ohne die Europäische Union ist Deutschland für uns Deutsche heute nicht mehr vorstellbar.

Aber Europa und die EU sind mehr als Euro und Cent, auch mehr als nur Wettbewerbsfähigkeit und Vereinheitlichung von Standards. Europa ist ein Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens. Gerade die letzten Wochen haben uns dies beim Blick auf die Ukraine, aber auch bei unseren Beziehungen zu Afrika oder dem Nahen Osten gezeigt. Beharrlichkeit zahlt sich aus, wie die Wahlen in Afghanistan zeigen. Erstmals ist der Weg frei für einen demokratischen Machtwechsel. Europa muss sich seiner Werte vergewissern und klar machen: Unsere Werte sind nicht verhandelbar, schon gar nicht in Beitrittsverhandlungen.

Wir treten an, damit CDU und CSU auch nach dem 25. Mai gemeinsam wieder eine starke deutsche Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei stellen.

## **Union – erkennbar und konstruktiv.**

Vielfach wird erwartet, dass Politik langfristige Ziele haben und gleichzeitig kurzfristig Probleme lösen soll. Das geht nur zusammen, wenn man Kurs hält und die große Linie von Kleinigkeiten unterscheiden kann. Wer bewahren will, was sich bewährt hat, wer fortentwickeln will, was verbesserungsbedürftig ist, der muss das Erreichte würdigen. Erfolge dürfen Erfolge genannt werden. Dass es keine Steuererhöhungen und keine Eurobonds geben wird, ist kein Naturgesetz, sondern Erfolg unserer Beharrlichkeit. Und nur, weil die Mütterrente im Koalitionsvertrag und nun bald auch im Gesetzblatt steht, müssen wir nicht aufhören, sie den Menschen als unser Projekt und als unseren Erfolg nahezubringen.

Und auch bei den Projekten, die unser Koalitionspartner wichtig fand, werden wir darauf achten, dass die Handschrift der Union erkennbar ist. Beim Mindestlohn gilt, dass er keine massenhafte Ausweitung der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen darf. Und auch bei der abschlagfreien Rente nach 45 Beitragsjahren darf es keine unverantwortbaren Verwerfungen geben. Eine neue Frühverrentungswelle muss verhindert werden. Zudem haben wir konkrete Vorschläge für flexiblere Regeln für jene eingebracht, die sogar über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten wollen.

Ein weiterer Markstein dafür, dass wir dem Land auch in dieser Koalition eine gute Regierung stellen, ist der für diese Woche vorgesehene Beschluss für die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Wir liegen hier nicht nur zeitlich im Plan, sondern haben auch inhaltlich gute Aussicht auf eine vernünftige Reform. Ein weiterer Erfolg von CDU und CSU ist, dass auch in der neuen Koalition der Kurs der Haushaltskonsolidierung mit Ausgabendisziplin und behutsamer Nutzung erarbeiteter Spielräume beibehalten wird.

## **Schwarze Null.**

Diese Woche steht ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition. Wir werden in der viertägigen Haushaltsdebatte wieder viele Zahlen hören und wichtige Details diskutieren. Dabei sollten wir aber die wichtigste Botschaft der Woche nicht aus den Augen verlieren: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

Es wird also eine unionsgeführte Regierung und Koalition sein, die 2014 den strukturellen Haushaltsausgleich schaffen wird. Wenn wir uns nicht zu neuen Ausgaben verführen lassen, dürfte am Ende des Jahres die langersehnte

„schwarze Null“ stehen. Die heißt nicht nur so, weil ein kleiner Überschuss möglich ist. „Schwarz“ ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar gewesen wäre. Wir sind es, die in der dritten Wahlperiode in Folge unbeirrt den Kurs einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik durchgesetzt haben. Wir meinen es ernst mit der Verantwortung für künftige Generationen. Besser als durch einen stetig gesunden Haushalt kann man das nicht unter Beweis stellen.

## **II. Die Woche im Parlament**

**Bundshaushalt 2014 / Einbringung und allgemeine Finanzdebatte.** Die Ausgaben des Bundes sollen in diesem Jahr 298,5 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem Vorjahr sinken (!) sie also um 11,5 Milliarden Euro bzw. 3,7 Prozent. Die „prioritären Maßnahmen“ des Koalitionsvertrages, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, sind dabei bereits berücksichtigt, blähen den Haushalt also nicht auf. Und wir investieren: Durch Umschichtungen können wir die Städtebauförderung bei einem Programmvolumen von 700 Millionen Euro verstetigen, zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur von rund 500 Millionen Euro aufbringen sowie eine erste Tranche von 200 Millionen Euro für die vereinbarte zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid, ODA) auflegen.

Die Nettoneuverschuldung sinkt um 15,6 auf 6,5 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren. In dieser Summe ist noch die letzte Rate der Kapitaleinzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 4,3 Milliarden Euro enthalten.

Wir arbeiten in den nun anstehenden parlamentarischen Beratungen darauf hin, die verbleibende Nettokreditaufnahme wo immer möglich noch weiter abzusenken.

**Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.** Für diesen Einzelplan sind insgesamt 3,65 Milliarden Euro veranschlagt. Aufgrund der umfassenden und komplexen Neustrukturierungen ist der Vorjahresvergleich nicht aussagekräftig. Ein Eckpfeiler ist die Erhöhung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ als „prioritäre Maßnahme“ gemäß Koalitionsvertrag. Zu den vielzähligen Neuerungen zählt das zu errichtende Bundesamt für kerntechnische Entsorgung.

**Bildung und Forschung.** Mit knapp 14 Milliarden Euro Ausgabenniveau gibt es seit Regierungsübernahme durch unsere Bundeskanzlerin das neunte Mal in Folge einen Anstieg der Ausgaben in diesem zentralen Zukunftsressort.

Insgesamt sind die Ausgaben seit 2005 um 84,3 Prozent gestiegen – ein unübersehbarer Beleg für unsere Schwerpunktsetzung. Mit allein 1,8 Milliarden Euro für den Hochschulpakt unterstützt der Bund die Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Für die Verbesserung von Studienbedingungen und Qualität der Lehre werden wieder 200 Millionen Euro investiert. Steigende Mittel für BAföG, Begabtenförderung und Deutschlandstipendium erleichtern die Finanzierung des Studiums. Das Bildungswesen zur Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher wird ebenso gestärkt wie die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

**Gesundheit.** Die Ausgaben von gut 11 Milliarden Euro fallen um 0,9 Milliarden Euro bzw. 7,8 Prozent geringer aus als 2013. Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beläuft sich auf 10,5 Milliarden Euro. Seine Absenkung kann durch eine entsprechende Entnahme von Finanzmitteln aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen werden.

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.** Für 2014 stehen zusätzlich 200 Millionen Euro für ODA-relevante Ausgaben zur Verfügung, wovon 160 Millionen Euro auf den Einzelplan des Ministeriums (BMZ) entfallen. Die BMZ-Ausgaben steigen damit auf über 6,4 Milliarden Euro. Gemäß Koalitionsvertrag stehen in dieser Legislaturperiode insgesamt 2 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung, um Deutschland weiter auf einem Finanzierungspfad zum „0,7-Prozent-Ziel“ (ODA-Quote) zu führen.

**Bundeskanzleramt.** Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes vermindert sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent auf 1,99 Millionen Euro – ein Zeichen, das in der Generalaussprache nicht verschwiegen werden sollte.

**Auswärtiges Amt.** Mit 3,63 Milliarden Euro liegt der Entwurf 2014 auf dem Niveau der Ist-Ausgaben des vergangenen Jahres, die durch Mittel für Syrien höher ausgefallen sind als geplant. Der Aufwuchs fließt vor allem in die humanitäre Hilfe sowie die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. 15 Millionen Euro sollen zusätzlich für die Sicherheit der deutschen Auslandsvertretungen eingesetzt werden.

**Verteidigung.** Die Ausgaben sind auf 32,8 Milliarden Euro veranschlagt und fallen damit um 1,3 Prozent niedriger aus als 2013. Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr ist ein weiterer Personalabbau eingeleitet. Die militärischen Beschaffungen vermindern sich um 512,7 Millionen Euro bzw. zehn Prozent.

**Wirtschaft und Energie.** Der Etat beträgt 7,4 Milliarden Euro und geht auf umfassende Zuständigkeitsübertragungen vor allem im Bereich der Energiewende zurück. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Ausgaben für die Fachkräftesicherung und die Initiative zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland werden stabilisiert. Die Mittel für Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie werden aufgestockt. Auf hohem Niveau fortgeführt werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowohl im Bereich des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) als auch zugunsten der Förderung der deutschen Spitzenforschung in Luft- und Raumfahrt und im Bereich der Verkehrs- und Sicherheitstechnologien.

**Arbeit und Soziales.** Der größte Einzelplan wächst um 3,1 auf 122,3 Milliarden Euro an. Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen gegenüber dem ersten Regierungsentwurf um 1,15 auf 23,4 Milliarden Euro. Bei der Bundesagentur für Arbeit ergibt sich nach dem Haushaltsplan ein geringfügiger Überschuss. Für Projekte wie die Mütterrente reicht der aus Steuermitteln finanzierte Bundeszuschuss aus.

**Ernährung und Landwirtschaft.** Es sind Ausgaben von 5,3 Milliarden Euro vorgesehen. Schwerpunkt bilden Zuschüsse über 3,6 Milliarden Euro für das eigenständige agrar-soziale Sicherungssystem zur Flankierung des Strukturwandels. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) stehen Bundesmittel in Höhe von 600 Millionen Euro zur Verfügung. Mit 510 Millionen Euro behält der Bereich Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation seinen hohen Stellenwert.

**Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Die Ausgaben wachsen gegenüber 2013 um 1,077 auf 7,959 Milliarden Euro auf. Ursache ist vor allem die Anpassung des Elterngelds an den gestiegenen Bedarf, ausgelöst durch steigende Einkommen und erhöhte Inanspruchnahme durch Väter. Überdies steht beim Unterhaltsvorschussgesetz eine Bedarfsanpassung an. Die 2013 überplanmäßig bewilligten Zuweisungen an die Conterganstiftung für behinderte Menschen werden verstetigt.

**Inneres.** Die Ausgaben von 5,77 Milliarden Euro liegen 1,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Mit 3,8 Milliarden Euro entfällt der größte Anteil auf die Innere Sicherheit. Als Reaktion auf die stetig wachsenden Bedrohungen im IT-Bereich werden zusätzliche Mittel zur Verbesserung der IT-Sicherheit insbesondere von Bundessicherheitsbehörden aufgewendet. Zur

Beschleunigung der Asylverfahren auf drei Monate werden 300 neue Stellen ausgebracht.

**Verkehr und digitale Infrastruktur.** Die Gesamtausgaben des größten Investitionshaushalts des Bundes betragen 22,78 Milliarden Euro. Von den bis 2017 zur Stärkung der Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellten zusätzlichen 5 Milliarden Euro dienen 1,5 Milliarden Euro der Ausfinanzierung begonnener Vorhaben. Die Investitionen dieses Jahres steigen so auf 12,55 Milliarden Euro.

**Justiz und Verbraucherschutz.** Zwei Drittel des Haushalts mit einem Ausgabenvolumen von 641 Millionen Euro sind reine Personalkosten. Auf den hinzugekommenen wirtschaftlichen Verbraucherschutz entfallen gut 26 Millionen Euro.

**Schlussrunde.** Am Ende der Woche mit den Aussprachen zu allen Einzelplänen und der Debatte zu allen Schwerpunkten und vielen Details des Regierungsentwurfs für den Haushalt 2014 wird der Gesetzentwurf an die Ausschüsse überwiesen, wo die Detailarbeit beginnt. Die endgültige Entscheidung, wofür der Bund in diesem Jahr Geld ausgeben kann und soll und wofür nicht, trifft der Bundestag dann im Juni.

**Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Europäischen Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA).** Wir beraten und beschließen in dieser Woche in namentlicher Abstimmung die deutsche Beteiligung an dem EU-geführten Mandat zur Stabilisierung der Zentralafrikanischen Republik. Hier ist vor allem an die Bereitstellung von strategischem luftgestütztem medizinischem Transport und an eine Beteiligung an der Einsatzleitung im EU-Hauptquartier gedacht.

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz bei der Hydrolyse syrischer Chemiewaffen an Bord der CAPE RAY im Rahmen der gemeinsamen VN/OVCW Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen.** Wir beschließen in dieser Woche einen deutschen Beitrag zu der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen in namentlicher Abstimmung. Die Bundeswehr soll das Spezialschiff CAPE RAY begleiten und den Verband sichern, so dass die hier transportierten Chemiewaffen-Bestände sicher vernichtet werden können. Das Mandat umfasst auch zugeordnete Sicherungstätigkeiten, unter anderem die Luftraumüberwachung. Die Beteiligung deutscher Streitkräfte erfolgt auf Grundlage der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 2118

(2013) vom 27. September 2013. Das Mandat soll bei einer Personalobergrenze von 300 Soldaten bis längstens 31.12.2014 erteilt werden.

### **III. Daten und Fakten**

**Asylbewerberzahl in der EU stark gestiegen.** Im Jahr 2013 wurden in der EU28 insgesamt 435.000 Asylbewerber registriert. Das sind 100.000 mehr als noch 2012. Die höchste Anzahl an Bewerbern verzeichnete Deutschland mit 127.000 (29 Prozent), gefolgt von Frankreich (65.000 bzw. 15 Prozent) und Schweden (54.000 bzw. 13 Prozent). Auf eine Million Einwohner kommen in der EU 860 Asylbewerber. Deutschland lag mit 1.575 Bewerbern pro Million Einwohner über dem Durchschnitt. Die höchsten Quoten verzeichneten Schweden (5.700 pro Million Einwohner), Malta (5.300) und Österreich (2.100). Die meisten Asylbewerber kamen aus Syrien (50.000), Russland (41.000) und Afghanistan (26.000). In Deutschland bildeten Asylbewerber aus Serbien die größte Gruppe (18.000), gefolgt von Russland (15.475) und Syrien (12.855). EU-weit wurde über ein Drittel (34 Prozent) der Anträge in erster Instanz positiv beschieden. In Deutschland waren es nur 15 Prozent, was vor allem darauf zurückgeht, dass Asylbewerber aus den Balkanländern fast nie die Voraussetzungen eines positiven Bescheids erfüllen.

*(Quelle: eurostat)*

**Exportwirtschaft nicht von Russland abhängig.** Zwar ist Russland für Deutschland ein wichtiger Handelspartner, bezogen auf die weltweiten Geschäftsbeziehungen der deutschen Exportwirtschaft ist die Verflechtung mit Russland jedoch überschaubar. Rund zehn Prozent der exportierenden Unternehmen führen Waren nach Russland aus. Für etwa 73 Prozent dieser Unternehmen machen die Exporte nach Russland maximal ein Viertel ihrer gesamten Exporte aus. Die Importe aus Russland konzentrieren sich, weil es sich vor allem um Rohstoffe handelt, auf wenige Unternehmen: Nur rund ein Prozent aller importierenden Unternehmen in Deutschland beziehen Waren aus Russland. Hier ist die Abhängigkeit von den Handelsbeziehungen zu Russland allerdings hoch. Wertmäßig werden etwa 49 Prozent der Importe aus Russland von Unternehmen eingeführt, für die Einfuhren aus Russland mindestens drei Viertel ihrer gesamten Importe ausmachen.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

**Immer mehr Pflegende sind erwerbstätig.** In Deutschland leben 7,85 Millionen Pflegebedürftige. Davon erhalten insgesamt rund 4,7 Millionen informelle Pflege, d. h. sie werden von Bekannten oder Verwandten gepflegt. Von den informellen Pflegeleistenden sind 60 Prozent im erwerbsfähigen Alter. Waren 2001 noch 53 Prozent dieser Gruppe tatsächlich erwerbstätig, so

sind es 2012 fast 66 Prozent. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten unter den erwerbstätigen Pflegenden hat sich von 29 auf 40 Prozent erhöht. Der Umfang der Pfl egetätigkeit nimmt jedoch mit dem Umfang der Erwerbsarbeit ab: 2012 leisteten geringfügig Beschäftigte 2,8 Stunden Pflege am Tag, Teilzeitbeschäftigte 2,1 Stunden und Vollzeiterwerb stätige 1,7 Stunden. Immer seltener lebt der Pflegebedürftige im selben Haushalt wie der erwerbsfähige Pflegend e. 2001 war dies noch bei 31 Prozent der Fall, 2012 nur noch bei 23 Prozent.

*(Quelle: DIW Berlin)*

**Landwirtschaftliche Betriebe werden größer.** Die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland hat sich zwischen 2010 und 2013 von 56 auf 59 Hektar Nutzfläche erhöht. Eine Tendenz hin zu größeren Betrieben lässt sich auch in anderen Staaten der EU beobachten. In der Tschechischen Republik etwa hat die durchschnittliche Betriebsgröße von 84 Hektar im Jahr 2005 auf 152 Hektar im Jahr 2010 zugenommen. Die jüngsten europaweit vergleichbaren Zahlen von 2010 zeigen, dass auch Großbritannien mit 90 Hektar und die Slowakei mit 77 Hektar jeweils über große landwirtschaftliche Betriebe verfügen. Deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 14 Hektar liegen Malta (1 Hektar), Rumänien (3 Hektar) und Italien (8 Hektar).

*(Quellen: Statistisches Bundesamt; eurostat)*

**KMU sind Basis der europäischen Wirtschaft.** Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern erwirtschafteten 2012 rund 58 Prozent der Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft der EU und stellten rund 66 Prozent aller Arbeitsplätze. In den meisten EU-Ländern haben diese Unternehmen jedoch stark unter der Krise gelitten: Lagen die Beschäftigungszahlen der Großunternehmen 2012 im Durchschnitt 1,2 Prozent unter denen von 2008, so waren es bei den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) 1,7 Prozent. Die Wertschöpfung sank um 4,8 Prozent (Großunternehmen: 2,1 Prozent). Deutsche KMU bilden eine der wenigen Ausnahmen: Hier stieg die Wertschöpfung um 12, die Beschäftigung um 17 Prozent (Großunternehmen: 6 bzw. 8 Prozent).

*(Quelle: DIW Berlin)*